



Petition 68361

Gesetzliche Krankenversicherung - Leistungen - - Übernahme der Lohnfortzahlung für kranke Schwangere bei befristeten/unbefristeten Arbeitsverträgen

Text der Petition	Der Bundestag möge beschließen, dass die Lohnfortzahlung für kranke Schwangere bei befristeten und unbefristeten Arbeitsverträgen in den ersten 9 Monaten durch die Krankenkassen oder durch den Staat zu tragen sind.
Begründung	<p>Aktuell sind schwangere Arbeitnehmerinnen, wenn es um die Frage der Verlängerung ihres Arbeitsvertrages, oder einer Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis geht, leider gezwungen, ihre Schwangerschaft dem Arbeitgeber zu verheimlichen, da die meisten Arbeitgeber, erst recht bei befristeten Arbeitsverhältnissen, die zusätzlichen Kosten in Form von Lohnfortzahlung bei Krankheit scheuen. Verheimlichen sie ihre Schwangerschaft dem Arbeitgeber, führt das in der Realität zu einem Vertrauensbruch, der indirekt immer bei weiteren Personalentscheidungen negativ im Raum steht. Um die Schwangeren aus dieser misslichen Lage zu befreien, bietet sich an, dass der Staat oder die Krankenkassen diese Kosten der Lohnfortzahlung übernehmen.</p> <p>Außerdem übernimmt auch der Staat die Kosten für Schulen, Kindergeld oder ähnliches, weil es ein gesellschaftlicher Wunsch ist, Familien und speziell Kinder zu unterstützen. So gesehen ist es nur folgerichtig, dass auch die Gesellschaft, sprich der Staat, die Lohnfortzahlung bei kranken Schwangeren übernimmt.</p>